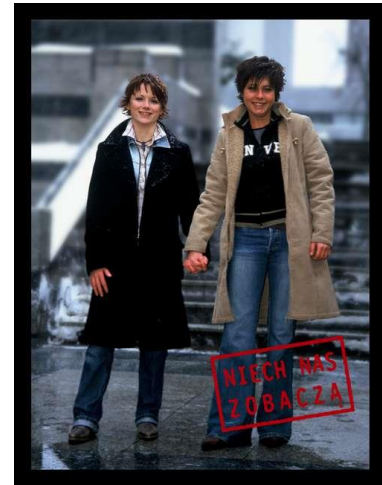


## LGBT-Rechte, Gender und Sexualmoral in Polen

### Einleitung

#### Homosexualität und LGBT in Polen (vgl. Arbeitsblatt 1)

Über Homosexualität wird in Polen seit Jahrzehnten kontrovers diskutiert. In einigen Teilen der eher christlich-konservativ geprägten Gesellschaft begegnet man gleichgeschlechtlichen Partnerschaften nach wie vor mit Skepsis und teilweise Diskriminierung, gleichzeitig sind viele Menschen (vor allem in den großen Städten) zunehmend offener und toleranter und auch in den Medien findet das Thema sexuelle Diversität zunehmend Raum. Auch gibt es in Polen eine sehr aktive und bunte LGBT-Szene, die auch öffentlich ihre Rechte einfordert. Große Teile der katholischen Kirche in Polen verurteilen Homosexualität aber wiederum kategorisch und gebrauchen dabei teilweise eine sehr drastische Sprache. So behauptete Marek Jędraszewski, Erzbischof von Krakau, am 1. August 2019 zum Beispiel, dass Polen heute „nicht mehr von der roten Pest [des Kommunismus] befallen sei, sondern eine neue ‚Regenbogen‘-Pest die Seelen, Herzen und Köpfe der Menschen kontrollieren“ wolle. Gleichzeitig gilt diese Meinung aber natürlich nicht automatisch für die Gesamtzahl der Gläubigen. 54 % der Polinnen und Polen sind der Meinung, man müsse Homosexualität tolerieren, es sei aber nicht die Norm, 24 % halten sie für nicht normal und sind gegen eine Tolerierung, 14 % halten Homosexualität für etwas Normales (CBOS-Umfrage 90/2019). Unter Menschen, die homosexuelle Menschen persönlich kennen (36 %), ist die Zahl derjenigen, die dieser Meinung sind und/oder sich für Toleranz aussprechen, am höchsten. Insgesamt befürworten tendenziell mehr jüngere, besser ausgebildete Menschen, mit höherem Einkommen und eher kirchenferner Haltung in größeren Städten eine tolerante Haltung. Laut einem Bericht der europäischen Organisation *ILGA Europe* vom Mai 2020 ist Polen das LGBT-feindlichste Land in der EU.



Kampagne „Sollen sie uns sehen“

**LGBT** ist die Abkürzung für „Lesbian, Gay, Bisexual and Transgender“, also lesbisch, schwul, bisexuell und Transgender, manchmal auch LGBTIQ, für intersexuell und queer.

Homosexuelle Handlungen wurden in Polen bereits 1932 legal, 1969 wurde auch homosexuelle Prostitution legalisiert. Während der kommunistischen Zeit galt Homosexualität bis 1989 aber offiziell als eingetragene Krankheit und wurde erst nach dem politischen Systemwechsel im Zuge von Reformen 1991 als solche gestrichen. 1995 wurde der Vorschlag, ein Diskriminierungsverbot aufgrund sexueller Orientierung in die Verfassung aufzunehmen, aufgrund großer Einwände der katholischen Kirche abgelehnt. Es gibt derzeit in Polen keine

gesetzliche Anerkennung gleichgeschlechtlicher Lebenspartnerschaften. Laut CBOS-Umfrage befürworten dies auch nur weniger als ein Drittel der Polinnen und Polen, etwa ebenso viele finden, dass homosexuelle Menschen ihre Lebensweise offen zeigen können sollten, für das Recht auf Adoption sprechen sich nur 9 % der Befragten aus. In vielerlei Hinsicht ist die Gesellschaft in Polen – wie in anderen Ländern auch – bei Fragen von Homosexualität, Frauenrechten und Sexualmoral stark gespalten.

Verschiedene post-kommunistische und liberale Regierungen versuchten nach 1989, der Diskriminierung von LGBT-Menschen aktiver entgegen zu treten, auch in der Zivilgesellschaft (LGBT und nicht-LGBT) wurden Stimmen nach Gleichberechtigung und einem Vorgehen gegen Diskriminierung immer lauter. Eine der bekanntesten Figuren der LGBT-Szene ist der offen schwule Politiker Robert Biedroń (vgl. Interview M1), von 2014–2018 Bürgermeister der Stadt Słupsk, 2019 Gründer der Partei „Frühling“ (Wiosna) und seit der Europawahl 2019 Abgeordneter des Europäischen Parlamentes.

Seit Anfang der 2000er gab es in Warschau Versuche, in Anlehnung an den „Christopher Street Day“ eine „Parada Równości“ {parada ruwnoschtschi} (Gleichheitsparade) als Demonstration für Toleranz und Gleichberechtigung von Schwulen und Lesben zu

organisieren. 2004 wurde die Parade vom damaligen Warschauer Bürgermeister und späteren Präsidenten Lech Kaczyński (der 2010 verstorbene Bruder des gegenwärtigen PiS-Vorsitzenden Jarosław Kaczyński) nicht genehmigt, 2005 wurde sie ebenfalls verboten. Die Stadtverwaltung Warschaus wurde 2007 wegen des Verbotes der Parade im Jahre 2005 vom Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte dafür verurteilt, grundlegende Menschenrechte durch ihr Handeln verletzt zu haben (Recht auf Versammlungsfreiheit). Seit 2006 fand die Demonstration statt, es kam wiederholt zu Protesten von rechten und ultrakatholischen Gruppen. Mehrfach wurden die Teilnehmenden der Demonstration von Rechtsradikalen angegriffen. Bei der ersten Gleichheitsparade in der nordöstlichen Stadt Białystok im Juli 2019 wurde der Zug von rechten Gegendemonstranten und Hooligans mit Steinen und Flaschen beworfen und nur das Eingreifen der Polizei mit Tränengas konnte Schlimmeres verhindern. Im Vorfeld hatte sich u. a. der Erzbischof von Białystok, Tadeusz Wojda, in einem Hirtenbrief gegen die Gleichheitsparade ausgesprochen.

### Sog. „Gender-Ideologie“

Seit mehreren Jahren wird in Polen kontrovers über die sog. „Gender-Ideologie“ diskutiert. Einige Kreise in Polen (v. a. innerhalb der katholischen Kirche) wehren sich gegen die Liberalisierung öffentlicher Moralvorstellungen und sprechen von einer „Gender-Ideologie“, die sich in der Gesellschaft ausbreite, dem christlichen Familienbild entgegenwirke, junge Menschen „sexualisiere“ und durch die Information über gleichgeschlechtliche Lebensformen, zu Homosexualität „anstifte“, wiederholt wurde die sog.

*Der englische Begriff **Gender** wurde Ende des 20. Jahrhunderts in den Sozialwissenschaften gebräuchlich, um deutlich zu machen, dass es neben dem biologischen Geschlecht (englisch: sex) auch ein soziales Geschlecht von Menschen gibt (englisch: gender), das von Gesellschaft und Kultur geprägt ist.*

„Gender-Ideologie“ mit Kommunismus und Faschismus gleichgesetzt. Laut dem Krakauer Erzbischof Marek Jędraszewski sei die sog. „Gender-Ideologie“ eine neue Form des Totalitarismus, der Gott ablehne, die Freiheit der Polen bedrohe und versuche die natürlichen Unterschiede zwischen Männern und Frauen zu leugnen. Am 29.12.2013 sprach die polnische Bischofskonferenz in einem Hirtenbrief von einer Gefahr, die „zwangsläufig zur Zersetzung der Familien und zu menschlichen Katastrophen“ führe, wenn Ehe und Familie ihren Stellenwert verlören. Auch könne „die Pest der Scheidung“ folgen.

### Frauenrechte und Abtreibung

Auch im Hinblick auf Frauenrechte ist die polnische Gesellschaft gespalten und diskutiert seit vielen Jahren auch über das Thema „Abtreibung“. Polen hat nach Malta, Andorra und San Marino das schärfste Abtreibungsgesetz in Europa. Laut Umfragen befürworten 62 % der



„Schwarzer Protest“ in Lodz.2016

© Zorro2212 / CC BY-SA

Polinnen und Polen die gegenwärtige Gesetzeslage, 23 % sind für eine Liberalisierung, 7 % für eine Verschärfung der bestehenden Regelungen (CBOS-Umfrage 144/2016). Abtreibungen sind in Polen bisher dann erlaubt, wenn das Leben oder die Gesundheit der Mutter bedroht ist, die Schwangerschaft durch Vergewaltigung oder Inzest zustande gekommen ist oder das Ungeborene eine schwere Behinderung oder Deformation hat.

Die „Stiftung für Frauen und Familienplanung“ schätzt, dass jährlich in Polen etwa 100.000 Abtreibungen vorgenommen werden, davon

seien ca. 1000-2000 offiziell und ungefähr 15 % fänden im Ausland statt (sog. „Abtreibungstourismus“, um die strengen Regelungen zu umgehen).

Einige (v. a. feministische) Gruppen fordern eine Liberalisierung, andere (z. T. regierungsnah) Gruppierungen sowie die katholische Kirche streben eine weitere Verschärfung an und haben wiederholt Gesetzesinitiativen an die Regierung herangetragen, die in diese Richtung zielen. Viele Frauen (und Männer) reagierten darauf mit Protesten, 2016 gingen am „schwarzen Freitag“ in Polen Zehntausende in schwarzer Kleidung auf die Straße (Proteste gab es auch in Berlin und Paris). Im Frühjahr 2020 wurde über einen von einer

rechten Gruppierung eingebrachten Gesetzesentwurf diskutiert, der die Abtreibung auch bei Schwerstbehinderung verbieten soll. Die katholische Kirche und der rechte Flügel der Regierungspartei PiS sehen darin ein christliches Gebot zum Schutz ungeborenen Lebens, Frauenrechtsaktivist\*innen hingegen eine massive Einschränkung der Selbstbestimmung. Während der Corona-Krise organisierten die Protestierenden kreative Formen, um auf die geplante Verschärfung aufmerksam zu machen, zum Beispiel auf und in Autos.

### Sexualkundeunterricht

Der Sexualkundeunterricht an polnischen Schulen sorgt ebenfalls seit vielen Jahren für Kontroversen. Zuletzt wurde im November 2019 ein von einer konservativen zivilgesellschaftlichen Gruppe eingebrachtes Gesetzesprojekt diskutiert, über das das polnische Parlament beraten musste, und das Sexualkundeunterricht an Schulen unter Strafe stellen sollte. Menschen, die „Geschlechtsverkehr von Minderjährigen öffentlich propagieren oder gutheißen, [sollen] mit einer Haftstrafe von bis zu zwei Jahren“ bestraft werden können, Lehrer\*innen noch schärfer. Das Gesetz solle Kinder und Jugendliche „vor sexueller Verderbtheit und moralischem Verfall“ schützen. Im Oktober 2019 hatten viele Menschen in Polen gegen das Gesetzesvorhaben protestiert, das Oberste Gericht kam vorläufig zu dem Schluss, dass der Gesetzesentwurf nicht mit dem Bildungsauftrag der Schulen vereinbar sei. Auch das Europäische Parlament kritisierte die Pläne scharf. 2019 sprachen sich laut Meinungsforschungsinstitut CBOS 74 % der befragten Polen und Polinnen dafür aus, dass Kinder und Jugendliche über Sexualität aufgeklärt werden sollen (CBOS-Umfrage 66/2019).

### Diskussion um LGBT-Rechte seit 2019

Im Februar 2019 unterzeichnete der Warschauer Oberbürgermeister Rafał Trzaskowski, Mitglied der liberalen Oppositionspartei „Bürgerplattform“ (Platforma Obywatelska, PO), eine Erklärung, die die Rechte von LGBT-Minderheiten stärken sollte und Maßnahmen gegen homophobe Gewalt vorsah (z. B. Behandlung des Themas im Sexualkundeunterricht und Antidiskriminierungskurse). Er setzte damit eine Empfehlung der Weltgesundheitsorganisation WHO um und rief starke Proteste seitens einiger Mitglieder der konservativen Regierungspartei „Recht und Gerechtigkeit“ (Prawo i Sprawiedliwość, PiS) hervor. Vor allem auch das Vorhaben, LGBT-Themen in die Sexualerziehungs-lehrpläne der Warschauer Schulen zu integrieren, stieß auf großen Widerspruch. Einige ultrakatholische Gruppen argumentierten, dass eine „Frühsexualisierung“ von Kindern und Jugendlichen drohe und Eltern nicht mehr über die Erziehung ihrer Kinder entscheiden könnten. Jarosław Kaczyński sprach davon, dass LGBT-Rechte ein (westlicher) „Import“ seien, der Polen bedrohe.



Tweet des ehemaligen Senatsmarschalls (Vors. der 2. Parlamentskammer) und PiS-Abgeordneten Stanisław Karczewski vom 10.3.2019.

„Vorsitzender der PiS J. Kaczyński: Wir sagen Nein! Zu den Angriffen auf Kinder. Wir lassen uns nicht einschüchtern. Wir schützen die polnischen Familien.“



### Sog. „LGBT-ideologiefreie Zonen“ (vgl. Arbeitsblatt 2)

Der Kreisrat der südostpolnischen Stadt Świdnik erklärte sich als Reaktion auf die Erklärung des Warschauer Oberbürgermeister Rafał Trzaskowski vom Februar 2019 am 26.3.2019 zum „Landkreis ohne LGBT-Ideologie“. Kinder und Familien sollten vor „Homopropaganda“, „verderbten Personen“ und der sog. „LGBT-Ideologie“ geschützt werden (vgl. M6). Bald folgten andere Kommunen, u. a. mit Unterstützung von katholischer Kirche und Regierungspartei PiS. Die konservative Zeitschrift *Gazeta Polska* verteilte im Sommer 2019 Aufkleber mit der Aufschrift „LGBT-freie Zone“ an ihre Leser\*innen.

Bis Mai 2020 hatten sich fast 100 polnische Kommunen (ca. 1/3 des Landes), darunter fünf Woiwodschaften (deutschen Bundesländern vergleichbar), angeschlossen. Sie erließen entweder ähnliche Erklärungen oder unterzeichneten die „Charta der Familienrechte“ des ultrakatholischen Ordo-Iuris-Instituts. Das Institut ist ein zentraler Akteur bei der Kampagne gegen die sog. „Gender- und LGBT-Ideologie“ und publiziert u. a. Argumentationshilfen, initiiert Gesetzesvorschläge und führt strategische Gerichtsprozesse. Die AktivistInnen Kuba Gawron, Paulina Pajak und Paweł Preneta haben die Orte im „Atlas des Hasses“, einem interaktiven Online-Tool, zusammengestellt: <https://atlasnienawisci.pl/> (vgl. auch M5).



Aufkleber mit der Aufschrift  
„LGBT-freie Zone“ 2019  
(Silar / CC BY-SA)

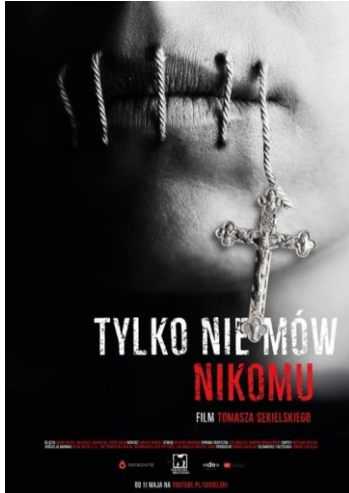
Gegen die sog. „LGBT-freien Zonen“ regte sich Protest im In- und Ausland. Am 23. Juli 2019 fand in Danzig eine Demonstration für eine „zonenfreie Zone“ (polnisch: *strefa wolna od stref*) und für mehr Toleranz statt. In Lodz protestierte man für eine „hassfreie Zone“ (polnisch: *strefa wolna od nienawiści*) und linke Politiker verteilten „hassfreie Zone“-Aufkleber. Im Juli veröffentlichte die Polnische Gesellschaft für Antidiskriminierungsrecht (PTPA) ein Rechtsgutachten, demzufolge die Erklärung sog. „LGBT-freier Zonen“ Menschen stigmatisiere und ausschließe und gegen Artikel 32 der polnischen Verfassung (Gleichheit und Nichtdiskriminierung) verstoße und somit illegal sei. Als Reaktion auf die Erklärungen klagte auch der polnische Menschenrechtskommissar 2019 vor dem polnischen Verwaltungsgericht. Im Dezember 2019 verabschiedete das Europäische Parlament eine Resolution, in der die sog. „LGBT-freien Zonen“ in Polen scharf verurteilt und die Kommunen aufgefordert wurden, die Erklärungen aufzuheben. Im Juni 2020 forderte die Europäische Kommission die fünf Woiwodschaften, die sich für „LGBT-ideologiefrei“ erklärt hatten, unter Verweis auf das EU-Diskriminierungsverbot in einem Brief auf, die Verwendung von EU-Subventionen für Antidiskriminierungsmaßnahmen offenzulegen und drohte ggf. mit einer Kürzung von Geldern.

### Protestaufruf und deutsch-polnische Städtepartnerschaften (vgl. Arbeitsblatt 3)

Zwischen Deutschland und Polen gibt es über 600 Städtepartnerschaften, die über viele Jahre gewachsen sind und für Austausch, Begegnung und Freundschaft gesorgt haben, sehr viele Schulpartnerschaften sind entstanden. Die unabhängige Nachrichtenseite „OKO.press“ (2020 mit dem Preis *Freedom of Expression* ausgezeichnet) rief am 20.2.2020 52 Partner polnischer Kommunen, die sog. „LGBT-freie Zonen“ verkündet hatten, unter Verweis auf europäisches und polnisches Recht (v. a. auf Verfassungsartikel 30, die Unveräußerlichkeit der Menschenwürde) dazu auf, ihre Städtepartnerschaften aus Protest auszusetzen oder zu beenden. In einigen deutschen Städten kam es im Frühjahr 2020 zu Diskussionen, ob und wenn ja, wie man sich zu den sog. „LGBT-freien Zonen“ in den polnischen Partnerstädten verhalten solle (vgl. M8 und M9). Die französische Partnerstadt von Tuchów, St. Jean-de-Braye, hat ihre Städtepartnerschaft zum Beispiel aufgekündigt. Die deutsche Partnerstadt Illingen im Saarland will nicht gleich soweit gehen, man hat um eine Stellungnahme aus Polen gebeten und setzt vorerst auf Dialog. Der Stadtrat der deutschen Stadt Schwerte im Ruhrgebiet entschied im Mai 2020 unter Verweis auf den europäischen Gedanken der Vielfalt und Völkerverständigung, die Städtepartnerschaft mit Nowy Sącz {*nowe sentsch*} auszusetzen. Am 8.3.2020, dem internationalen Frauentag, protestierten in Berlin ca. 250 Berlinerinnen und Berliner gegen die sog. „LGBT-freien Zonen“ in Polen. Außerdem hat die Organisation „AllOut“ zusammen mit polnischen LGBT-Aktivist\*innen im Frühjahr 2020 eine „Botschaft der Liebe für Polen: Empfehlungen für Städte“ auf Deutsch entwickelt, in denen sie u.a. konkrete Vorschläge für den Dialog mit polnischen Partnerstädten vorstellen (vgl. M10).

## Wahlkampf 2019

Zu sehen sind die aktuellen Diskussionen über LGBT-Rechte, Gender und Sexualmoral auch vor dem Hintergrund der Wahlen zum Europaparlament im Mai 2019 und den polnischen Parlamentswahlen im Oktober 2019. Traditionell spielt die katholische Kirche für die Regierungspartei PiS zur Mobilisierung der Wählerschaft eine wichtige Rolle. Im Mai 2019 veröffentlichte der unabhängige Journalist Tomasz Sekielski die Dokumentation „Sag es bloß niemandem“ („Tylko nie mów nikomu“) auf Youtube über den sexuellen Missbrauch von Kindern durch polnische Priester, die Millionen von Pol\*innen sahen und die für große Erschütterung, Diskussionen und zahlreiche Kirchenaustritte sorgte. Die Reaktionen der Kirche waren überwiegend zurückhaltend, einige Vertreter äußerten sich tief betroffen. Im Wahlkampf hatte die Regierungspartei immer wieder erklärt: „Polen und die Kirche sind eins. Polen und die PiS sind eins.“ Nun kündigte sie eine Verschärfung des Strafgesetzbuches an, erklärte aber auch, dass die „Missetaten einiger, nicht sehr zahlreicher Priester keine Grundlage“ [seien], „um die Kirche anzugreifen“ und betonte das Bündnis mit der katholischen Kirche: „Wer die Hand gegen die Kirche erhebt, der erhebt die Hand gegen Polen.“ Im weiteren Verlauf des Wahlkampfes richtete sich der Fokus seitens PiS und Kirche vor allem gegen die sog. „Gender-Ideologie“ und LGBT-Menschen. Der PiS-Parteivorsitzende Jarosław Kaczyński sprach u. a. davon, dass Homosexualität eine „Bedrohung für die nationale Identität“ Polens sei und schürte Angst und Unsicherheit angesichts



Filmplakat „Sag es bloß niemandem“ (2019)

eines vermeintlich bedrohlichen Feindes.

*Text: Dorothea Traupe (2020)*

Angelehnt an Wikipedia, vgl. u. a. [https://de.wikipedia.org/wiki/Homosexualität\\_in\\_Polen](https://de.wikipedia.org/wiki/Homosexualität_in_Polen), [https://de.wikipedia.org/wiki/Parade\\_R%C3%B3wno%C5%9Bci](https://de.wikipedia.org/wiki/Parade_R%C3%B3wno%C5%9Bci) und [https://de.wikipedia.org/wiki/LGBT-ideologiefreie\\_Zone](https://de.wikipedia.org/wiki/LGBT-ideologiefreie_Zone) sowie <https://www.zois-berlin.de/publikationen/zois-spotlight/polens-lgbt-freie-zonen-und-globale-anti-gender-kampagnen/>

## Aufgaben zum Einleitungstext

1. Recherchieren Sie Hintergründe und Gesetzeslage für LGBT-Minderheiten in Deutschland! (und/oder anderen Ländern, die Sie kennen) Welche Unterschiede und Gemeinsamkeiten können Sie im Vergleich zu Polen feststellen?

Eine interaktive Karte zur Situation der Menschenrechte für LGBT-Minderheiten in Europa finden Sie hier. <https://www.ilga-europe.org/sites/default/files/Attachments/ilgaeurope-rainbowmap-2020-interactive.pdf>

2. Auch in Deutschland gibt es immer wieder Diskussionen über die Legalität und Zugänglichkeit von Schwangerschaftsabbrüchen, zuletzt v. a. 2019 um sog. „Abtreibungswerbung“ (zwei Frauenärztinnen hatten im Internet über Abtreibungsmöglichkeiten informiert und wurden nach §219a StGB zu Geldstrafen verurteilt). Informieren Sie sich über die aktuelle Situation und Gesetzeslage in Deutschland! Finden Sie die aktuelle Regelung gut oder nicht und wenn ja, warum? Inwiefern unterscheidet sie sich von der Situation in Polen?

3. Halten Sie es für sinnvoll, dass Sexualkunde an Schulen unterrichtet wird? Sammeln Sie Pro und Contra-Argumente und diskutieren Sie!

4. Analysieren Sie den Tweet des ehemaligen Senatsmarschalls (Vors. der 2. Parlamentskammer) und PiS-Abgeordneten Stanisław Karczewski vom 10.3.2019 an (S. 3): Was ist zu sehen? Wie interpretieren Sie die Grafik und den dazu gehörigen Text?

5. Bei Angriffen von Kirche und konservativen Regierungen gegen LGBT- und Frauenrechte, Gleichstellung der Geschlechter und progressive Veränderungen handelt es sich selbstverständlich um kein polnisches Phänomen. Auch in Deutschland, Frankreich, Brasilien oder den USA finden sich ähnliche Positionen. Recherchieren Sie und vergleichen Sie die Argumente!